

KAPITEL V - *Schlussbestimmung*

**Art. 33** - Der König legt für jede Bestimmung des vorliegenden Gesetzes das Datum des Inkrafttretens fest. Vorliegendes Gesetz tritt spätestens am ersten Tag des 18. Monats nach dem Monat seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft, mit Ausnahme des vorliegenden Artikels, der am Tag der Veröffentlichung des vorliegenden Gesetzes im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 29. Juni 2014

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Wirtschaft

J. VANDE LANOTTE

Die Ministerin des Innern

Frau J. MILQUET

Der Minister der Finanzen

K. GEENS

Der Staatssekretär für Energie

M. WATHELET

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

S. DE CLERCK

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2015/00718]

**15 DECEMBRE 2013.** — Arrêté royal fixant l'indemnité forfaitaire visée à l'article 13, alinéa 2, de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, et le paiement des frais de retour de l'étranger employé illégalement. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 15 décembre 2013 fixant l'indemnité forfaitaire visée à l'article 13, alinéa 2, de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, et le paiement des frais de retour de l'étranger employé illégalement (*Moniteur belge* du 9 janvier 2014).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2015/00718]

**15 DECEMBER 2013.** — Koninklijk besluit tot vastlegging van de forfaitaire vergoeding bedoeld in artikel 13, tweede lid van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, en van de betaling van de terugkeerkosten van de illegaal tewerkgestelde vreemdeling. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 15 december 2013 tot vastlegging van de forfaitaire vergoeding bedoeld in artikel 13, tweede lid van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, en van de betaling van de terugkeerkosten van de illegaal tewerkgestelde vreemdeling (*Belgisch Staatsblad* van 9 januari 2014).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2015/00718]

**15. DEZEMBER 2013** — Königlicher Erlass zur Festlegung der in Artikel 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer erwähnten Pauschalentschädigung und der Zahlung der Rückführungskosten für illegal beschäftigte Ausländer — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung der in Artikel 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer erwähnten Pauschalentschädigung und der Zahlung der Rückführungskosten für illegal beschäftigte Ausländer.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

**15. DEZEMBER 2013** — Königlicher Erlass zur Festlegung der in Artikel 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer erwähnten Pauschalentschädigung und der Zahlung der Rückführungskosten für illegal beschäftigte Ausländer

## BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

mit vorliegendem Erlass wird Folgendes bezweckt:

1. in Ausführung von Artikel 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer die Pauschalentschädigung für die Unterbringungs-, Aufenthalts- und Gesundheitspflegekosten für illegal beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienmitglieder, die sich illegal in Belgien aufhalten, festzulegen,

2. vorzusehen, dass die Kosten für die Rückführung eines illegal beschäftigten Drittstaatsangehörigen, wenn gegen ihn ein Rückführungsverfahren eingeleitet wird, gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b) der Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen, bei seinem Arbeitgeber eingefordert beziehungsweise beigetrieben werden.

#### Kommentar zu den Artikeln

##### Artikel 1

In Artikel 13 Absatz 1 des Gesetzes vom 30. April 1999 ist Folgendes vorgesehen: *„Wer einen in Artikel 175 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten Verstoß begangen hat, haftet gesamtschuldnerisch für die Zahlung der Rückführungskosten und einer Pauschalentschädigung für die Unterbringungs-, Aufenthalts- und Gesundheitspflegekosten für die betreffenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienmitglieder, die sich illegal in Belgien aufhalten.“*

In diesem Artikel wird gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. April 1999 die genannte Pauschalentschädigung festgelegt.

Diese Pauschalentschädigung wird auf der Grundlage der durchschnittlichen Tageskosten für Unterbringung, Aufenthalt und Gesundheitspflege eines in einem geschlossenen Zentrum festgehaltenen Ausländers bestimmt; 2011 beliefen sie sich auf 180 EUR.

Wird dieser Betrag gemäß Artikel 13 Absatz 2 an den Verbraucherpreisindex zwischen 2011 (115,66 am 1. Januar 2011) und 2013 (121,63 am 1. Januar 2013) angepasst, beläuft er sich auf 190 EUR.

Dieser Betrag wird wie folgt errechnet:  $180 \text{ EUR} \times 121,63/115,66 = 189,29 \text{ EUR}$ . Das Ergebnis wird auf den nächsthöheren Hunderter aufgerundet, sprich 190 EUR.

##### Artikel 2

Durch Artikel 2 werden einige Bestimmungen von Artikel 13 Absatz 1 des Gesetzes vom 30. April 1999 ausgeführt, nämlich bezüglich der gesamtschuldnerischen Haftung von Arbeitgebern, die einen Drittstaatsangehörigen illegal beschäftigen, für die Zahlung der mit der Rückkehr dieser Person verbundenen Rückführungskosten.

Artikel 13 Absatz 1 bildet die Rechtsgrundlage für die Umsetzung der Bestimmungen von Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b) der Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen.

Wenn gegen einen illegal beschäftigten Drittstaatsangehörigen ein Rückführungsverfahren eingeleitet wird, werden die Kosten für seine Rückführung bei seinem Arbeitgeber eingefordert beziehungsweise beigetrieben.

##### Artikel 3

Artikel 3 bedarf keines besonderen Kommentars.

Soweit der Gegenstand des vorliegenden Entwurfs eines Königlichen Erlasses.

Wir haben die Ehre,

Sire,  
die ehrerbietigen,  
und getreuen Diener  
Eurer Majestät zu sein.

Die Ministerin der Justiz  
Frau A. TURTELBOOM

Die Ministerin der Beschäftigung  
Frau M. DE CONINCK

Die Staatssekretärin für Asyl und Migration  
Frau M. DE BLOCK

#### 15. DEZEMBER 2013 — Königlicher Erlass zur Festlegung der in Artikel 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer erwähnten Pauschalentschädigung und der Zahlung der Rückführungskosten für illegal beschäftigte Ausländer

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, der Artikel 3bis sowie 74/4 §§ 3 und 4;

Aufgrund des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, des Artikels 13 Absatz 2;

In der Erwägung der Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen, des Artikels 5 Absatz 2 Buchstabe b);

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 23. Januar 2013;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 10. Juli 2013;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 53.797/2/V des Staatsrates vom 7. August 2013, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag der Ministerin der Justiz, der Ministerin der Beschäftigung und der Staatssekretärin für Asyl und Migration

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Die Pauschalentschädigung für die Unterbringungs-, Aufenthalts- und Gesundheitspflegekosten für illegal beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienmitglieder, die sich illegal in Belgien aufhalten, wird für das Jahr 2013 auf 190 EUR festgelegt.

**Art. 2** - Wird gegen einen illegal beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer ein Rückführungsverfahren eingeleitet, werden die Kosten für seine Rückführung bei seinem Arbeitgeber eingefordert.

**Art. 3** - Der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständige Minister und der für die Beschäftigung zuständige Minister sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 15. Dezember 2013

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Justiz  
Frau A. TURTELBOOM

Die Ministerin der Beschäftigung  
Frau M. DE CONINCK

Die Staatssekretärin für Asyl und Migration,  
Frau M. DE BLOCK

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2015/03424]

27 NOVEMBRE 2015. — Arrêté royal portant approbation du règlement du 10 novembre 2015 de la Banque nationale de Belgique relatif à la méthode de qualification des établissements d'importance systémique domestique et de détermination du montant du coussin de fonds propres de base de catégorie 1

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 22 février 1998 fixant le statut organique de la Banque nationale de Belgique, articles 12bis, § 2, et 36/34, § 2;

Vu l'annexe IV à la loi du 25 avril 2014 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit, article 14, §§ 1<sup>er</sup>, 2 et 3;

Sur la proposition du Ministre des Finances,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le règlement du 10 novembre 2015 de la Banque nationale de Belgique relatif à la méthode de qualification des établissements d'importance systémique domestique et de détermination du montant du coussin de fonds propres de base de catégorie 1, annexé au présent arrêté, est approuvé.

**Art. 2.** Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2016.

**Art. 3.** Le ministre qui a les Finances dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 27 novembre 2015.

PHILIPPE

Par le Roi :

Le Ministre des Finances,  
J. VAN OVERTVELDT

Annexe à l'arrêté royal du 27 novembre 2015 portant approbation du règlement du 10 novembre 2015 de la Banque nationale de Belgique relatif à la méthode de qualification des établissements d'importance systémique domestique et de détermination du montant du coussin de fonds propres de base de catégorie 1

La Banque nationale de Belgique (ci-après la "Banque"),

Vu la loi du 22 février 1998 fixant le statut organique de la Banque nationale de Belgique, articles 12bis, § 2, et 36/34, § 2;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

[C – 2015/03424]

27 NOVEMBER 2015. — Koninklijk besluit tot goedkeuring van het reglement van 10 november 2015 van de Nationale Bank van België betreffende de methode om instellingen als een binnenlandse systeemrelevante instelling aan te merken en om het bedrag van hun tier 1-kernkapitaalbuffer te bepalen

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 22 februari 1998 tot vaststelling van het organiek statuut van de Nationale Bank van België, artikelen 12bis, § 2 en 36/34, § 2;

Gelet op Bijlage IV bij de wet van 25 april 2014 op het statuut van en het toezicht op kredietinstellingen, artikel 14, §§ 1, 2 en 3;

Op de voordracht van de Minister van Financiën,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** Het bij dit besluit gevoegde reglement van 10 november 2015 van de Nationale Bank van België betreffende de methode om instellingen als een binnenlandse systeemrelevante instelling aan te merken en om het bedrag van hun tier 1-kernkapitaalbuffer te bepalen wordt goedgekeurd.

**Art. 2.** Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2016.

**Art. 3.** De minister bevoegd voor Financiën is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 27 november 2015.

FILIP

Van Koningswege :

De Minister van Financiën,  
J. VAN OVERTVELDT

Bijlage bij het koninklijk besluit van 27 november 2015 tot goedkeuring van het reglement van 10 november 2015 van de Nationale Bank van België betreffende de methode om instellingen als een binnenlandse systeemrelevante instelling aan te merken en om het bedrag van hun tier 1-kernkapitaalbuffer te bepalen

De Nationale Bank van België (hierna de "Bank"),

Gelet op de wet van 22 februari 1998 tot vaststelling van het organiek statuut van de Nationale Bank van België, artikelen 12bis, § 2 en 36/34, § 2;